

«Wir haben an Bedeutung verloren»

Gewerbe fordert Gleichbehandlung mit ausländischen Unternehmen

An einer Podiumsdiskussion zum Thema Vergabepraxis von öffentlichen Aufträgen bestätigte sich gestern vor allem eines: Viele liechtensteinische Gewerbetreibende argwöhnen, dass Aufträge von Staat und Gemeinden leichtfertig ins Ausland vergeben werden.

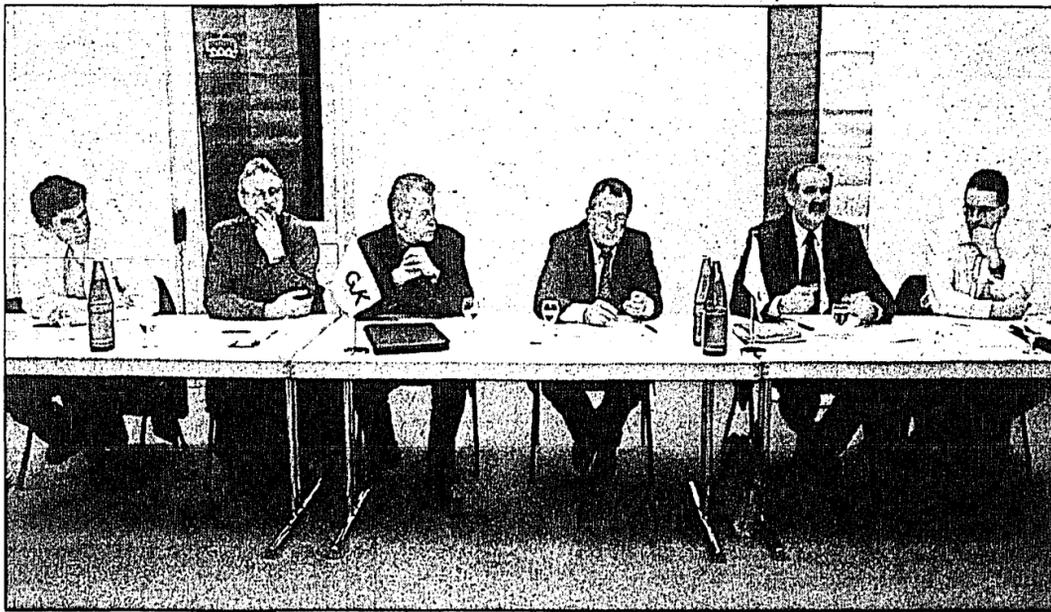
Michael Reichert

Das Gewerbetreiben scheint Männersache zu sein. Rund 50 Herren lauschten den Ausführungen von sechs Diskutanten. Auf dem Podium sassen Regierungschef Otmar Hasler, der Leiter der Stabsstelle Öffentliches Auftragswesen, Wendelin Lampert, der Präsident der Gewerbekammer Noldi Matt, der Geschäftsführer der Kammer, Oliver Gerstgrasser, und die Moderatoren Günther Meier und Walter Wohlwend. Wendelin Lampert legte sozusagen als Verhandlungsgrundlage die Zahlen für 2000 auf den Tisch: Von erfassten Aufträgen im Wert von 192 Mio. Franken wurden 67 Prozent im Land, 29 Prozent in die Schweiz, 1,5 Prozent nach Österreich und 2 Prozent nach Deutschland vergeben.

Im Korsett der Verpflichtungen

Der Regierungschef wurde wiederholt gefragt, ob denn die Regierung «leichtfertig» öffentliche Aufträge ins Ausland, sprich in die Schweiz verbeuge.

Doch Otmar Hasler winkte ab, nein, natürlich sei es im «Interesse des Staates und der Gemeinden», dass die Aufträge im Lande verblieben, doch man sei an das Gesetz für das Öffentliche Auftragswesen gebunden. Zudem ver-



Die gestrige Podiumsdiskussion in der GWK hatte öffentliches Beschaffungswesen zum Inhalt. Unser Bild zeigt von links die Diskussionssteilnehmer: Oliver Gerstgrasser (GWK-Geschäftsführer), Noldi Matt (GWK-Präsident), Günther Meier (Moderator), Walter Bruno Wohlwend (Moderator), Regierungschef Otmar Hasler und Wendelin Lampert (Landtagsabgeordneter). (Bild: J. J. Wucherer)

bietet die Mitgliedschaft in EWR und WTO die Diskriminierung ausländischer Unternehmer. Doch, so stellte Otmar Hasler im Lauf des Abends klar, bestünden durchaus Möglichkeiten der Einflussnahme, doch diese könnten nur gemeinsam mit dem einheimischen Gewerbe ausgelotet werden. Die Regierung sei guten Willens, betonte er. Konkret nannte der Regierungschef die mögliche Anhebung des sogenannten Schwellenwertes, über dem eine Auftragsvergabe national ausgeschrieben wird. Dadurch würden Bewerbungen von ausserhalb ausge-

grenzt, allerdings würde dadurch auch das einheimische Gewerbe durch mangelnde Information benachteiligt. Es gelte abzuwägen.

Klagen der Gewerbetreibenden

Verordnungen sind die eine Seite der Medaille, die anwesenden Gewerbler konnten jedoch auch aus der Praxis sprechen. Allen voran konstatierte der Maurener Bauunternehmer Johann Bühler, dass seit dem EWR-Beitritt 1992 das Vertrauensverhältnis zur Regierung abgekühlt sei. Einerseits würden Aufträge ins Ausland vergeben,

andererseits aber werde ein liechtensteinischer Unternehmer «nie ein Schulhaus in Rötis oder in Grabs bauen» dürfen. Werner Heeb aus Eschen klagt über bürokratische Hürden schon bei kleinen Aufträgen, während Schweizer Kollegen unbehelligt den Markt aufrollten. Ein weiterer Unternehmer stellte fest, dass vom Ausland her immer öfter mit Strohmannern gearbeitet werde. Und Einigkeit schien unter den Unternehmern zu herrschen, als das Wort von den «Beamtenkönigen» aufkam, denen man «auf die Finger schauen» müsse.

Abstimmungsergebnisse am TV

VADUZ: Die Ergebnisse der Volksabstimmungen über die Verkehrsinitiative und über den Verpflichtungskredit für das «Little Big One» am kommenden Sonntag, 10. März, werden fortlaufend am Landeskanal und im Internet bekannt gegeben. Die Resultate werden im Landeskanal wie gewohnt auf Bildtafeln und im Teletext dargestellt.

Im Internet können die Ergebnisse unter www.abstimmung.li abgerufen werden. Mit ersten Zahlen kann voraussichtlich ab ca. 12.30 Uhr gerechnet werden. (paf)

VU-Interpellation zum Letzetunnel

Die umstrittene Südumfahrung von Feldkirch, der Letzetunnel, ist wieder einmal Gegenstand eines parlamentarischen Vorstosses. Mit einer Interpellation fordern jetzt die Abgeordneten der VU-Landtagsfraktion «Klarheit über den Stand des Bauprojektes sowie über die von der Regierung geplanten Massnahmen», wie die VU-Parteizentrale gestern mitteilte.

Es sei leider so, begründete der Abgeordnete Donath Oehri die Interpellation, «dass seit Amtsantritt der Regierung praktisch keine Information zu Verkehrsfragen an die Öffentlichkeit gelangt ist. Hier besteht Informationsbedarf. Die Regierung wird daher eingeladen, über das Bauprojekt Letzetunnel sowie über ihre diesbezüglichen Tätigkeiten Bericht zu erstatten.» Die Interpellanten wollen insbesondere wissen, wie viele Gespräche seit Mai 2001 mit der Bundesregierung Österreichs und mit Vertretern der Vorarlberger Landesregierung in Sachen Letzetunnel geführt worden sind. Ausserdem stellt sich für sie die Frage nach dem Stand der Beratungen des Ständigen Ausschusses der Alpenkonvention sowie nach der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

«Auswirkungen des Umfahrungsprojektes Letzetunnel zu Lasten unseres Landes können nicht akzeptiert werden», teilte der stellvertretende VU-Abgeordnete Alexander Marxer gestern ergänzend mit. Die Regierung müsse hier die unserem Land zukommenden Interventionsmöglichkeiten ausschöpfen.

Diesbezüglich sei die Frage offen, ob sich aufgrund der Übertragung der Zuständigkeit und Kompetenzen für den Bau des Letzetunnels an die Vorarlberger Landesregierung Änderungen in Bezug auf die Einsprachemöglichkeiten unseres Landes ergeben würden. Den Interpellanten zufolge ist zwischenzeitlich in Österreich auch die Überarbeitung des Umweltschutzgesetzes in Kraft getreten, so dass die rechtlichen Interventionsmöglichkeiten heute abschliessend geklärt werden könnten. (m6)

Mehr Antibiotika als bisher vermutet

Vorschriften über Pouletfleisch und Pouletfleischerzeugnisse chinesischen Ursprungs

Pouletfleisch aus China ist noch stärker mit Antibiotika kontaminiert als bisher vermutet, wie neue Kontrolleergebnisse in der Schweiz zeigen. In einer Mitteilung vom Dienstag macht das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen auf die in Liechtenstein geltenden Vorschriften aufmerksam, die auch für Konsumenten von Interesse sind.

Die Feststellung von Antibiotikarückständen in Pouletfleisch chinesischen Ursprungs hat zu weit reichenden behördlichen Massnahmen geführt. Neben dem Importstopp und dem im betroffenen Ursprungsland aufzubauenen Zertifizierungs- und Kontrollsystem ist für den inländischen Konsumenten die Situation von Interesse, wie sie sich bei uns präsentiert.

Die Vorschriften

Das mit der Überwachung beauftragte Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen informiert im Folgenden über die Punkte, welche der Lebensmittelhandel sowie Industrie, Gewerbe und Gastronomie zu beachten haben:

- Die Einfuhr von Hühnerfleisch chinesischen Ursprungs ist bis auf weiteres verboten.
- Das Inverkehrbringen von Hühnerfleisch und Erzeugnissen, welche Hühnerfleisch chinesischen Ursprungs enthalten, ist ohne repräsentative Untersuchung, die die Abwesenheit von Antibiotika belegt, verboten. Diese Be-

stimmung gilt für Importeure, Händler, Verkaufsgeschäfte jeder Art und Gastronomiebetriebe.

Der glaubwürdige Nachweis, dass die Ware den gesetzlichen Anforderungen entspricht, muss folgende Kriterien erfüllen:

- a) repräsentative Probennahme aus dem Lagerbestand;
- b) die Analysen müssen in einem akkreditierten Labor vorgenommen werden;
- c) die Untersuchungen gehen zu Lasten des Auftraggebers in einem Laboratorium seiner Wahl (siehe Bst.

b). Eine Liste der zugelassenen Laboratorien findet sich auf der Internetseite: www.gdsl.ch;

d) das Analysenergebnis bedarf der Anerkennung durch das Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen für die in Liechtenstein befindliche Ware. Die Bewilligung zum Inverkehrbringen wird den kantonalen Laboratorien und dem Bundesamt für Gesundheit der Schweiz mitgeteilt und umgekehrt.

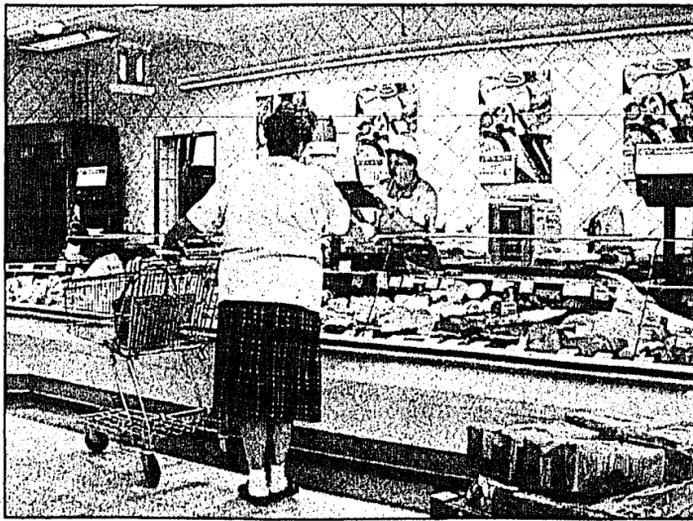
Die Handelstreibenden, welche über Hühnerfleisch chinesischen Ursprungs verfügen, haben es ihrem Lieferanten

zurückzugeben oder unschädlich zu beseitigen (regionale Tierkörperbeseitigungsanstalt Buchs), sofern sie es nicht gemäss den vorstehend beschriebenen Kriterien untersuchen lassen.

Den Konsumenten, welche noch Hühnerfleisch chinesischen Ursprungs zu Hause haben, wird vom Konsum abgeraten. Sie können die Ware beim Verkäufer zurückgeben oder im Falle von Kleinstmengen entsorgen.

Mehr als vermutet

Im Poulet aus China finden sich mehr Antibiotika als bisher vermutet. Die kantonalen Laboratorien beider Basel und Zürichs haben gestern die Ergebnisse ihrer Kontrollen veröffentlicht, die in der Schweiz und in Liechtenstein zum Importstopp von Geflügelfleisch aus China geführt haben. Demnach wurden lediglich in 24 der 62 von Mitte bis Ende Februar untersuchten Proben keine verbotenen Antibiotikarückstände gefunden. In 29 Fällen wurde Enrofloxacin nachgewiesen, wobei der Grenzwert drei Mal überschritten war. In neun weiteren Proben wurden Spuren von anderen Tierarzneimitteln, unter anderem Chloramphenicol, nachgewiesen. Dessen Anwendung ist in der Schweiz und in Liechtenstein sowie in der EU bei Tieren, die der Gewinnung von Lebensmitteln dienen, verboten. Insgesamt wurden damit vier Proben wegen eines erhöhten Gehalts an Enrofloxacin oder Chloramphenicol beanstandet respektive beschlagnahmt. (paf/AP)



Im Zusammenhang mit Pouletfleisch chinesischen Ursprungs haben der Lebensmittelhandel sowie die Industrie, das Gewerbe und die Gastronomie bestimmte Vorschriften zu beachten, wie die zuständige Amtsstelle gestern mitteilte.

REKLAME

Wir sagen JA zur Verkehrsinitiative

Stimmen auch Sie am 8./10. März mit JA. Initiativkomitee «Verkehrspolitik mit Zukunft»



„Weil die Verkehrspolitik angemessen auf Mensch und Natur Rücksicht nehmen soll.“

Viola Lanter-Koller



„Weil wir damit die Pfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik in der Verfassung verankern.“

Norbert Marxer



„Für eine Verkehrspolitik, die auch zukünftigen Generationen Lebensqualität bietet.“

Renate Risch



„Damit im internationalen Jahr der Berge 2002 Zeichen für die Natur gesetzt werden.“

Peter Rheinberger

REKLAME